Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1,50 G.-M., die Einzelnummer kostet 10 G.-Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Gegr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg. Reklamen 40 Goldpfennig: Offertengebühr 25. Goldpfg., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlungen gültigen Berliner Dollar-Kurs Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 8 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassen-Rabatt.

Nr. 197 — Olpe, Samstag, den 25. August 1924 — 84. Jahrg.

Die Kommunisten verhindern die Regierungserklärung im Reichstag.

Der Ruf nach Annahme aus dem besetzten Gebiet.

Herriots Erklärungen aus den Parlamenten

Die parlamentarische Lage.

In einer der ernstesten Stunden des deutschen Volkes, als seine Vertreter im Reichstage von den drei Vertretern der deutschen Delegation in London, dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und dem Reichsaußenminister den Bericht über die Londoner Verhandlungen entgegennehmen sollten, um dann die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu fällen, haben die Kommunisten durch bisher unerhörte Spektakelszene jede parlamentarische Arbeit unmöglich gemacht und die nur knappe Frist für die Entscheidung des Reichstages um einen ganzen Tag beschnitten. Es ist ein unerhörter Skandal, wie diese angeblichen Volksvertreter mit den Interessen des deutschen Volkes Schindluder treiben. Dem muß auf die tatkräftigste Weise Abbruch getan werden

Heute wird man hoffentlich in der Lage sein, diesen Radaubrüdern das Handwerk zu legen und die wichtigen Erklärungen der Delegationsführer entgegenzunehmen. Im Anschluß daran werden die Parteien sich entscheiden müssen. Das Endergebnis der Entscheidung ist heute noch vollständig unklar. Das Zentrum, die Demokraten, die Wirtschaftsparteiler, die deutsche Volkspartei werden für die Annahme stimmen. Sie bringen zusammen 265 Stimmen auf, das genügt für das Mantelgesetz und die übrigen Gesetze, aber nicht für die Annahme des Eisenbahngesetzes, das verfassungsändernd ist, und eine Zweidrittelmehrheit fordert. Die Stimmen der Parteien, die sicher zustimmen, betragen aber nur 265 Stimmen gegen 201 Stimmen der Opposition, wenn die Deutschnationalen nicht zustimmen. Deren Stellung aber ist trotz ihres Fraktionsbeschlusses vom Donnerstag Abend doch noch nicht klar. Wie aus Berlin gedrahtet wird, sind die Berliner Blätter auch weiterhin geteilter Meinung über die vermutliche Haltung der Deutschnationalen bei der Reichstagsabstimmung über die Dawesgesetze.

Die Zeit rechnet mit einer **Ablehnung der Dawesgesetze durch die Deutschnationalen** und als Folge mit der Auflösung des Reichstages und erklärt, daß für alle Organisationen die Pflicht erwachse, sofort mit den Vorberatungen für den alsbaldigen mit heftigster Schärfe einsetzenden Wahlkampf zu beginnen.

Auch in der kommunistischen Reichstagsfraktion, die heute Vormittag eine Sitzung abhielt, wurde die Notwendigkeit betont, bereits jetzt alle Vorbereitungen für einen neuen Reichstagswahlkampf zu treffen. Auch die K. V. betont diese Unklarheit über die Stellung der Deutschnationalen in einer Meldung ihres Berliner Korrespondenten im gestrigen Abendblatt und rechnet mit der Möglichkeit, daß trotz der am preußen. Dagegen haben die **deutschnationalen** Vertreter zunächst auf eine ablehnende Haltung geschlossen werden kann, eines Einschwenken der Deutschnationalen, und weist darauf hin daß die gestrige deutschnationale Morgenpresse und zwar insgesamt die Entscheidung der Fraktion ohne irgendeinen Kommentar abgedruckt hat, sich also sehr reserviert und abwartend verhält. Sie erwähnt auch die außerordentlich schwierige und bemerkenswerte Abstimmung der Vertreter im Reichsrat. **Hier haben sich vier der Deutschnationalen Partei angehörenden Reichsratsvertreter gegen alle Gesetze** entschieden, nämlich die Vertreter von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, sowie von Preußen die Provinzen Pommern und Ostpreußen. Dagegen haben die **deutschnationalen, Vertreter von Hessen-Nassau und der Provinz Sachsen,** nämlich der frühere Kultusminister Trott zu Solz und der Oberbürgermeister Rieve sich für die **Annahme der Gesetze und des Mantelgesetze. ausgesprochen.** Von einer einheitlichen Auffassung innerhalb der deutschnationalen Kreise kann also wohl nicht die Rede sein. Nach einer Mitteilung, die Graf Westarp im Rahmen eines gesellschaftlichen Zusammenseins gemacht hat, haben die Deutschnationalen ihre Freunde aus dem besetzten Gebiet für den nächsten Samstag zu einer Besprechung gebeten. Man nimmt an, daß auf Grund dieser Aussprache eine abschließende Erklärung der Deutschnationalen erfolgen wird.

Die Stimme des besetzten Gebietes fordert in zahlreichen Telegrammen Annahme des Gutachtens. Infolgedessen hält man die Lösung für möglich, daß die Deutschnationalen, doch dem Eisenbahngesetz zustimmen, das wesentliche Erleichterungen durch die Beseitigung der Regie bringt. Jedoch läßt sich abschließend noch nichts Bestimmtes sagen. Die Lage bleibt nach wie vor parlamentarisch sehr gespannt.

Dr. W.

Die Wirtschaftspartei für Annahme.

WDZ **Berlin**, 22. Aug. Die **Wirtschaftspartei** nahm gestern in einer aus dem ganzen Reiche beschickten Vertrauensmännerversammlung Stellung zu dem Gutachten. Nach dem Bericht des Vorsitzenden, Abgeordneten Professor Dr. Bredt, wurde die **Reichstagsfraktion beauftragt, für die Gutachtengesetze zu stimmen.**

Die Kommunisten verhindern die Regierungserklärung.

WDZ **Berlin**, 23. Aug. (Nachmittags 3 Uhr.) (Drahtb.) Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung stark besetzt, besonders die Diplomatenloge, in der auch viele Damen zu bemerken sind. Der Sitzungssaal füllt sich nur langsam. Nach einhalb4 Uhr nahmen Reichskanzler **Marx** und Außenminister **Dr. Stresemann ihre Plätze** ein. Ihnen folgten die **übrigen Mitglieder der Reichsregierung.**

Präsident **Wallraff** eröffnet um einhalb4 Uhr die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Auf der Tagesordnung steht als einzigster Punkt die **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Kath** (Kom.) die sofortige **Beratung verschiedener kommunistischer Anträge, die seien viel wichtiger als die Regierungserklärung über die Auslieferung des deutschen Volkes an das internationale Kapital.** (Sehr gut bei den Kom.) Der Redner verlangt weiter, daß nach der **Regierungserklärung die Parteien zu Worte kommen und daß dann sofort der Reichstag aufgelöst wird, damit das Volk darüber entscheiden könne, ob es dem internationalen Ausbeutertum ausgeliefert werden soll.** (Lebhaftes Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Präsident Wallraff **rügt** das Händeklatschen und erteilt dem Reichskanzler das Wort.

Als **Reichskanzler Marx das Rednerpult betreten will, hindern ihn die Kommunisten dadurch am Reden, daß sie fortwährend rufen: Heraus mit den politischen Gefangenen, Amnestie Amnestie!**

Präsident Wallraff versucht vergeblich, die Ruhestörer zu übertönen. Er ruft den kommunistischen Abgeordneten **Dr. Schwarz wiederholt zur Ordnung und verfügt seinen Ausschluß von der Sitzung.** Als der Ausgeschlossene sich der wiederholten Aufforderung zum **Verlassen des Saales nicht fügt, unterbricht der Präsident die Sitzung auf 5 Minuten.** Während der Pause bleibt Abg. Dr. Schwarz im Saale.

Der **Präsident eröffnet die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß Abg. Dr. Schwarz durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, sich selbst auf 8 Tage ausgeschlossen hat. Da Dr. Schwarz auch jetzt noch im Saale sei so sei er wegen wiederholter Weigerung auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen.** (Beifall.)

Der Präsident **erklärt um einhalb5 Uhr, daß er die Sitzung aufhebe und sofort den Aeltestenrat einberufen werde.**

Die nächste Sitzung ist auf heute nachmittag 5 Uhr anberaumt.

Abg. Dr. **Schwarz bleibt auch während dieser Pause, die sich bis 6 Uhr ausdehnte, auf seinem Platz.**

Um einhalb7 Uhr **eröffnete Präsident Wallraff wiederum die Sitzung.** Er teilt mit, daß sich der Aeltestenrat mit dem Fall des Abg. Dr. Schwarz beschäftige und in seiner überwiegenden Mehrheit das Verhalten des Präsidenten gebilligt habe.

Der Präsident fährt fort es sei freilich auch bezweifelt worden, ob die Voraussetzungen für die Ausweisung des Abg. Dr. Schwarz gegeben seien, weil Abg. Dr. Schwarz seine Weisung nicht gehört habe. Ich sehe, daß Abg. Dr. Schwarz auch jetzt im Saale ist. **Ich bin nicht in der Lage, unter diesen Umständen die Verhandlungen zu leiten und beabsichtige daher, eine neue Sitzung einzuberufen auf morgen vormittag 10 Uhr. Es liegen Meldungen zur Tagesordnung vor. Ich bin aber aus den angeführten Gründen nicht in der Lage, die Verhandlungen zu leiten.**

Abg. **Schöpflein** (Soz). ruft: **Kapitulieren Sie vor einem Narren, so sehen Sie aus!**

Präsident **Wallraff** schließt: „Ich beraume daher eine neue Sitzung auf morgen vormittag an, mit derselben Tagesordnung.

Die Deutsche Volkspartei für Annahme.

)(**Berlin**, 22. Aug. (Drahtb.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte in ihrer gestrigen über vier Stunden dauernden Fraktionssitzung eine Entschließung, in der es heißt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, verstärkt durch Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, hat in ihren Sitzungen vom 19. und 21. August über die Ergebnisse der Londoner Konferenz verhandelt. Sie hat Vorträge des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über die LondonerVerhandlungen und die außenpolitische Lage entgegengenommen. Vertreter der besetzten Gebiete kamen eingehend zu Wort. In den Verhandlungen wurden schwere Bedenken gegen die uns auch nach dem Erreichten auferlegten Lasten und Kontrollen geäußert. Niemand könnte freudigen Herzens die Londoner Ergebnisse begrüßen. Vor allem erfülle die Regelung der militärischen Räumung und die Nichterreichung des Erstrebten mit großer Sorge und Trauer. In diesem Punkte könne das Erreichte nur als eine erste Etappe bezeichnet werden.

Die Reichsregierung sei verpflichtet, mit allen Mitteln die gegebene diplomatische Lage zur **Abkürzung der Räumungsfristen** auszunutzen. Trotz dieser Bedenken und Sorgen sei es die einmütige Auffassung der Reichstagsfraktion, daß eine **Ablehnung unmöglich ist.** Die Not der Ausgewiesenen und Gefangenen dürfe nicht verlängert werden. Die Wirtschaft des besetzten und unbesetzten Gebietes ertrage die Folgen der Ablehnung nicht. Eine Möglichkeit zu alsbaldigen neuen Verhandlungen mit den Alliierten sei nicht zu erkennen. Die ganze außenpolitische Lage, die sich zu Deutschlands Gunsten zu wenden schien wäre von neuem zu unserem Schaden verwirrt. Dazu komme eine Gefährdung aller der Bestrebungen, die auf eine Festigung der inneren politischen Verhältnisse gerichtet und von der Deutschen Volkspartei zielbewußt verfolgt würden. Angesichts dieser Nöten und Gefahren habe die Reichstagsfraktion **einstimmig beschlossen, die Ergebnisse der Londoner Konferenz anzunehmen.**

() **Köln**, 22. Aug. (Drahtb.) Nach einer Meldung der K. V. nahmen die Christlichen Gewerkschaften des Kölner Bezirkes eine Entschließung an, in der sie erklären, daß sie trotz schwerwiegender Bedenken vom Reichstage die Verabschiedung der nach dem Sachverständigengutachten erforderlichen Gesetze verlangen da eine Verzögerung die schlimmsten Folgen nach sich ziehen müsse.

Die Zustimmung der Demokraten steht fest.

WDZ **Berlin**, 22. Aug. (Drahtb.) Die demokratische Fraktion des Reichstages beschäftigt sich in ihrer heutigen Fraktionssitzung mit der parlamentarischen Lage. **Die Zustimmung der Fraktion zu den Gutachtengesetzen steht fest.** Die Aussprache drehte sich nur um die Frage, ob bei einem Nichtzustandekommen der Zweidrittel-Mehrheit die Reichstagsauflösung oder der Volksentscheid verlangt werden soll. Die Meinungen hierüber sind zunächst noch geteilt.

Bei Ablehnung jede Hoffnung auf Rettung Wahnwitz

WTB **München**, 22. Aug. Die Korrespondenz der **Bayrischen Volkspartei** schreibt zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz u. a.:

Unsere trostlose Lage erlaubt es uns nicht, Luxus zu treiben. So wie die Lage jetzt für die Entscheidung des Reichstages liegt, müsse konstatiert werden, daß im Falle einer Ablehnung jede Hoffnung auf eine Rettung Wahnwitz wäre.

Der Ruf der Pfalz nach Annahmen.

WTB **Ludwigshafen**, 22. Aug. (Drahtb.) Wie der Vorstand der **Sozialdemokratischen Partei** in der Pfalz haben auch die **Vorstände der Bayrischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums** dem Reichstag eine telegraphische Entscheidung übermittelt. Sie lautet:

„Die unterzeichneten politischen Parteien sind sich darüber einig, daß die Londoner Abmachungen ganz außerordentliche, schwere, politische und wirtschaftliche Belastungen des deutschen Reiches darstellen und daß sie deshalb starken politischen Bedenken begegnen müssen. **Sie bitten trotzdem den Reichstag alles zu tun, die Londoner Abmachungen so rasch wie möglich in die Tat umzusetzen und die notwendige Rechtssicherheit und die Freiheit der besetzten Gebiete u. damit die wirtschaftliche und politische Einheit des deutschen Reichs wiederherzustellen.**

Das Handwerk des besetzten Gebietes an den Kanzler.

WTB **Recklinghausen**, 22. Aug. (Drahtb.) Der Innungsausschuß für den nordwestlichen Teil des Ruhrgebietes richtete an den Reichskanzler eine Entschließung, in der es heißt:

Namens und im Auftrage des Handwerks von Recklinghausen und Umgegend fordern wir dringend, daß der Reichstag die Londoner Ablehnungen gut heißt, und die für die Durchführung des Londoner Abkommens notwendigen Gesetze beschließt. Es ist unbedingt notwendig, daß unser Gebiet möglichst bald von der Besatzung befreit wird, und daß die Zollschranken bald fallen.

Es müssen die Ausgewiesenen möglichst bald wieder in ihre Aemter zurückkehren. Es muß der gesamte Eisenbahnverkehr wieder in deutsche Hände kommen. **Das Londoner Abkommen muß angenommen werden, sollen wir nicht das Vertrauen zu unserer Volksvertretung in Berlin verlieren.**

Der Ruf der deutschen Regiebediensteten.

WTB **Essen**, 22. Aug. **Die Notgemeinschaft der deutschen Regiebediensteten hat folgendes Telegramm an die deutschnationale Reichstagsfraktion gerichtet.**

Die deutschen Regiebeamten erwarten unbedingte Annahme des Eisenbahngesetzes.

Unterschrift: Notgemeinschaft der deutschen Regiebeamten, Essen.

Der rheinisch-westfälische Gewerkschaftsring.

WTB **Essen**, 22. August. (Drahtb.) Die am Mittwoch, dem 20 August, hier stattgefundene Sitzung der gesamten Führerschaft des rheinisch-westfälischen Gebiets vom Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter Angestellten- und Beamtenverbände hat sich insbesondere mit dem Resultat der Londoner Konferenz beschäftigt. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die im Gewerkschaftsring organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind der Ansicht, daß die ungeheuerliche wirtschaftliche Notlage, in der sich alle Arbeitnehmer, insbesondere des Industriegebietes, befinden, vorwiegend zurückzuführen ist auf die unsicheren außenpolitischen Verhältnisse. Sie begrüßen deshalb das Resultat der Londoner Konferenz, weil es bei Durchführung unserer politischen sowohl als auch wirtschaftlichen Lage wieder eine feste Grundlage gibt, die nicht zuletzt auch mildernd auf den bisherigen wirtschaftlichen Druck wirken wird. Die gesamte Arbeitnehmerschaft des religiös und politisch neutralen Gewerkschaftsringes erwartet deshalb von allen politischen Parteien, daß sie alle parteitaktische Bedenken zurückstellen u. im Interesse der Bewohner des Ruhrgebietes sich restlos für die Annahme des Londoner Paktes einsetzen.

Aus der Reichsratssitzung.

WTB **Berlin**, 21. August. (Drahtb.) In der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung des Reichsrats, in der die von der Reichsregierung in London getroffenen Abmachungen zur Beratung standen, gab namens des preußischen Staatsministeriums

Ministerpräsident Braun

folgende Erklärung ab:

„Das Resultat der Londoner Konferenz, wie es in der dort getroffenen Vereinbarung vor uns liegt, kann uns wenig befriedigen. Es belastet das deutsche Volk und seine Wirtschaft aufs schwerste. Es zwingt uns weiter, eine Kontrolle unseres Etats und unseres Finanzwesens auf die für ein souveränes Volk und einen selbständigen Staat unerträglich ist. Es soll auch die militärische Besetzung des Ruhrgebiets, deren Vertragswidrigkeit ernstlich nicht mehr bestritten werden kann, noch ein Jahr lang andauern. Hierdurch wird Preußen dessen wichtigstes Wirtschaftsgebiet dabei in Frage kommt, besonders stark berührt. Wir haben heute hier darüber zu entscheiden, ob wir als die im Reichsrat vereinten Vertreter der Länder den von der Reichsregierung mit den alliierten Mächten getroffenen Abkommen zustimmen wollen. Es gilt wohl der für unser Land und für das Schicksal unseres Volkes schwersten Entscheidung, welche dem Reichsrat seit seinem Bestehen jemals gestellt worden ist. Das Abkommen und die aus diesem sich ergebenden Gesetze, die das Ergebnis der Beratungen mit den alliierten Mächten sind schließen Aenderung des Materialinhaltes der uns zur Beschlußfassung unterbreiteten Vorlagen aus. Wir können nur ablehnen od annehmen. Bei dieser Entscheidung müssen wir uns nochmals vor Augen halten, vor welche furchtbaren Alternativen wir gestellt sind.

Die Annahme

bedeutet **schwere wirtschaftliche Lasten** für unser ohnehin stark verarmtes Volk und auf Jahrzehnte hinaus erhebliche Steuereinnahmen durch das Reich zu Gunsten der Reparationskasse, eine weitgehende Kontrolle unseres Finanz und Etatswesens durch, auswärtige Mächte, Aufgabe des entscheidenden Einflusses des Reiches auf das für unser Wirtschaftsleben wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, und Verzicht auf seine Erträge zu Gunsten der Reparationskasse Duldung auswärtigen Einflusses auf unser Währungs- und Bankwesen, erhebliche Sonderbelastungen unserer Industrie. Die Annahme bedeutet andererseits aber auch

sofortige Befreiung von etwa 900 000 Deutschen von der fremden Besatzung, die Freilassung Hunderter aus den Gefängnissen, Rückkehr vieler Tausend Ausgewiesener nach ihrer Heimat, die Beseitigung der unser Wirtschaftsleben schwer hemmenden Zollgrenzen, und der Paßschikanen im Westen, ausländische Kredite für Industrie und Landwirtschaft zur Belebung der Arbeitslosigkeit und zur langsamen Aufwärtsentwicklung des Wirtschaftsverkehrs.

Die Ablehnung

bedeutet demgegenüber **Aufrechterhaltung des militärischen Druckes auf das besetzte Gebiet und seine Bevölkerung, vielleicht gar verschärfte Drangsalierungen.** Sie bedeutet ferner, daß Hunderte von Deutschen, die ihrem Vaterlande die Treue bewiesen haben, **auf Jahre hinaus im Gefängnisse schmachten müssen und Tausende von Ausgewiesenen nicht wieder in die Heimat zurückkehren können.** Sie bedeutet weiter **keine Kredite an die Industrie und die Landwirtschaft** und somit **erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit mit ihren Folge bitterste Not und Elend für weite Volkskreise, Zerfall der Währung und die sich daraus für unsere Wirtschaft ergebenden katastrophalen Folgen.** Die Verantwortung für diese zweite Alternative glaubt die **preußische Staatsregierung** nicht auf sich nehmen zu können und **stimmt daher dem Abkommen und den sich aus diesem ergebenden Gesetzen zu.** Sie tut das in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung alles daran setzen wird, daß das Los der Bevölkerung, die noch weiterhin gezwungen ist, unter dem Druck der Besetzung zu leben, möglichst gemildert und daß vor allem im besetzten, Gebiet die volle deutsche Verwaltungs- und Industriehoheit wiederhergestellt wird und die Rheinlandkommission und die Besatzungstruppen sich auf Maßnahmen beschränken, die in loyaler und vernünftiger Auslegung des Rheinlandabkommens zur Gewährleistung der Sicherheit der Besatzungstruppen unerläßlich sind."

Belgien fängt an das Ruhrabenteuer zu liquidieren.

WTB **Brüssel**, 22. Aug. Wie Ungtiem Siecle meldet, begibt sich der Chef der belgischen technischen Delegation im Ruhrgebiet, Hannecart heute nach Düsseldorf, um dort alle Dienstzweige zu liquidieren hauptsächlich die Mieum, die Pfänderkasse usw.

Der Reichskanzler und der Außenminister im Auswärtigen Ausschuß

WTB **Berlin**, 22. August. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages erklärte Reichskanzler Marx, für die **Haltung der deutschen Delegation war Artikel 45 der Reichsverfassung maßgebend**, wonach der **Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt** und als **solcher alle Reichsbündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten schließt**. Deshalb hat die Delegation nicht vom Reichstage, sondern ausdrücklich vom Reichspräsidenten die Vollmachten schriftlich erbeten und auch erhalten. **Sie hat nunmehr das Recht, Verträge zu schließen.** An sich bestanden keine Hindernisse rechtlicher Art, daß auch die Unterschrift von den deutschen Delegierten schon am vorigen Samstag geleistet wurde. **Im Londoner Protokoll stehe in erster Linie die Verpflichtung für Deutschland, die Gesetze dem Reichstage vorzulegen.** Das sei unzweifelhaft eine Verpflichtung, die die Delegation auch ohne Zustimmung des Reichstages hätte annehmen können.

Stresemann

gab sodann auf die Frage Hergts, welche Möglichkeiten bestänben, im Falle eines Scheiterns der Vorlage im Reichstage, ob trotzdem neue Vereinbarungen mit der Gegenseite zu treffen seien, eine Erwiderung, worin es u. a. heißt: **„Irgend etwa Positives kann nach dieser Richtung hin nicht geschehen, bevor die Neuwahlen zu Ende sind, bevor also der Gegenseite gesagt werden kann, daß ein deutscher Reichstag da ist**, der bereit ist, erneut auf den Boden der Londoner Beschlüsse zu treten. Während der ganzen Zeit, die die Reichsverfassung für die Neuwahl vorschreibt, hat der Finanzminister zu sehen, daß die Micumverträge verlängert werden. Es hört alles auf zu laufen an Verträgen, was sich auf die Räumung bezieht, was sich auf die Freigabe der Regiezechen bezieht und auf alles was vorgesehen ist. **Wenn dann der neue Reichstag grundsätzlich ja sagt, können wir erst an die anderen Mächte herantreten. Auch dann sind die anderen Mächte völlig frei in ihren Entschließungen darüber, ob sie noch einmal mit dem deutschen Reiche in neue Verhandlungen eintreten wollen.** Ich bitte Sie auch,

die Gegenkräfte

nicht zu unterschätzen. Wir haben in **England eine Bewegung**, die sehr stark zum Ausdruck kam in der Eingabe von 1700 britischen Industriellen an das Unterhaus, worin sie erklärten, daß es dem englischen Interesse völlig entgegen sei, wenn England seine Hilfe leihe zu einer großen internationalen Anleihe, die dazu bestimmt sei, der deutschen Industrie Kredite zu schaffen und der deutschen Industrie die heute mangels Kredite nicht exportfähig wäre, diese Exportfähigkeit zu ermöglichen. Jedenfalls können wir nach dem Experiment derartiger Wahlen **vor schwereren Bedingungen stehen, als heute. Alles, was das besetzte Gebiet von den Londoner Abmachungen erhoffte, wird zu mindestens um Monate hinausgeschoben.** Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Die französische Regierungserklärung

WTB **Paris**, 22. August. (Drahtb.) In der Regierungserklärung, die Herriot gestern nachmittag in Kammer und Senat verlesen hat, heißt es: Die Regierung beabsichtige, sich auf

eine Darstellung der Tatsachen

zu beschränken. Man würde den Sachverständigenplan und demzufolge auch die Londoner Bemühungen, ihn durchführbar zu machen, nicht verstehen, wenn man sich nicht ins Gedächtnis rief, daß der Hauptzweck des Sachverständigenplanes der gewesen sei die Reparationsfrage von dem politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuleiten, anstelle des Straffystems Mittel zu setzen, die geeignet seien,

eine Erleichterung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen

zu erreichen. Man könnte das Sachverständigengutachten ablehnen und kann das heute noch. Was jedoch unmöglich war und unmöglich bleibe, sei eine teilweise Annahme dieses Programms. Die Londoner Konferenz mußte also die Ausführung des Sachverständigenplans selber sicherstellen und gleichzeitig das Problem lösen, das im Kapitel 9 des Planes einer Durchführung durch die Regierungen vorbehalten wurde. Zu diesem doppelten Zweck mußte eine gemeinsame Aktion der Alliierten ermöglicht werden. **Gleich zu Beginn wurden drei Kommissionen zur Bearbeitung der drei Fragen „Verfehlungen, wirtschaftliche und fiskalische Räumung und Sachlieferungen" eingesetzt.** Entsprechend den Verpflichtungen, die die Regierung vor dem Parlament übernommen hat, hat sie die Rechte Frankreichs auf Handlungsfreiheit unablässig verteidigt. Wir können nicht wiedergeben, welche Schwierigkeiten, welchen Argwohn vielleicht diese Verteidigung uns eingetragen hat, und welche Wachsamkeit wir darauf verwenden mußten um dieses Recht, nachdem es einmal eingeräumt war, gegen neue zu verfechten. Bei dieser Gelegenheit trat die Frage des § 18 auf, die uns unaufhörlich wiederkehrende Kompensationen geschaffen hat. Es kam dann zu gewissen Interventionen, die dem Anschein nach nichts mit Politik zu tun hatten. Eins von den Hauptelementen des Dawesplanes war

die auswärtige Anleihe von 800 Millionen Goldmark, bei deren Beurteilung so viele Fehler begangen worden sind. Wenn wir schon 1924 und 1925 Sachlieferungen erhalten wollen, muß diese Anleihe Erfolg haben. Um dies zu ermöglichen, empfehlen die Sachverständigen **ausdrücklich ein Zusammenrücken zwischen den Alliierten und Deutschland,** woraus die politischen Vorbedingungen entstehen sollen, die die Kapitalisten der Welt gegenüber einer deutschen Anleihe günstig stimmen mit gutem Glauben. **Wenn Sie den Dawesplan und die Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die seinem Funktionieren zugrunde liegt, akzeptieren, so können Sie diese Methode des Zusammenwirkens, die die Sachverständigen für unerläßlich erklären, nicht ablehnen. Bei der Beratung dieses Arguments erklärten gewisse finanzielle Sachverständige, daß der Text der ersten Kommission ihnen nicht ausreichend erscheine, um den Erfolg der Anleihe zu sichern. Aber gestatten Sie mir, es auszusprechen, daß die verschiedenen Interessen, wenn sie nicht in London in Einklang gebracht worden wären, sich so verschlechtert hätten, daß die Anleihe unmöglich gewesen wäre.**

Die französische Kammer.

() **Paris**, 22. Aug. (Drahtb.) Die Schlußworte des Ministerpräsidenten der die Regierungserklärung verlesen hatte, waren auf der Linken wiederholt von starkem Beifall unterbrochen. Nach der Rede erhoben sich die radikalsozialistischen und die sozialistischen Abgeordneten von ihren Sitzen und klatschten Herriot Beifall, der sich wieder zu seinem Platz begeben hatte. Während dann der Kommunist Marty einen Antrag auf Vertagung der Sitzung, bis der Senat den Kammerentwurf besprochen habe, vor fast leerem Hause begründete, begab sich der Ministerpräsident in den Senat.

Der Vertagungsantrag wird schließlich mit 349 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Es werden dann die Interpellationen über die Londoner Konferenz erledigt, und **Raynald** erklärt im Namen der Regierung, daß er die sofortige **Besprechung der Interpellationen** annehme, aber bitte die Rückkehr Herriots aus dem Senat abzuwarten. Die Sitzung wird dann für kurze Zeit unterbrochen und um dreiviertel Uhr in Anwesenheit Herriots wieder eröffnet. Der Kammerpräsident teilt mit, daß der Abg. **Bokanowski** folgende Tagesordnung eingebracht habe:

Die Kammer beschließt, die Besprechung der **Interpellationen** über die Londoner Abmachungen zu **vertagen**, bis ihr die Beschlüsse der zuständigen Kommissionen über den Text der Abmachungen zugegangen sind.

Herriot erhebt sich sofort und bekämpft den Antrag, indem er erklärt, die Regierung stehe der Kammer für eine öffentliche Debatte, so umfangreich die Kammer sie haben will, zur Verfügung. Es handelt sich darum, festzustellen, ob **innerhalb der gesetzlichen Frist** von 10 Tagen unsere Freunde wissen werden, ob die Regierung, die die Londoner Abmachungen vorbereitet hat, das **Vertrauen der Kammer** besitzt, um diese Abmachungen zu unterzeichnen. Die Regierung die einen Monat lang die härtesten Anstrengungen ertragen hat (lebhafter Beifall links), wünscht daß alle notwendigen Erklärungen auf der Tribüne der Kammer vor den Ohren des Volkes abgegeben werden (lebhafter Beifall links).

Der Antrag Bokanowski wird schließlich mit 323 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Die Kammer vertagt sich dann gegen einhalb10 Uhr abends auf morgen vormittag 10 Uhr.

Im Senat.

WTB **Paris**, 21. Aug. Im Senat erschien Ministerpräsident Herriot gegen dreiviertel5 Uhr, von der Linken mit einer Ovation begrüßt. Seine Rede wurde mit Interesse angehört und fand wiederholt Beifall auf der linken Seite des Hauses. Bei der Stelle seiner Rede, wo er von den interalliierten Schulden sprach, zeigt sich die Rechte unruhig, worauf Herriot erwidert, die gegenwärtige Regierung habe in jeder Beziehung in ihren Händen keine Waffe gefunden, die ihr von den früheren Regierungen hinterlassen worden wäre. Auch als Herriot davon spricht, daß die Londoner Abmachungen der französischen Sicherheit keinen Abbruch täten, zeigt sich die Rechte unruhig.

Der Senat beschloß, die Regierungserklärung nach Abschluß der Kammerdebatte zu besprechen.

Ausland.

General Dawes nimmt die Präsidentschaftskandidatur an.

Evanston Illinois, 21. August. General Dawes nahm, wie der Frkf. Ztg gekabelt wird, **offiziell seine Nomination zum Präsidentschaftskandidaten** an. In seiner Rede erklärte er, daß die Aufstellung des Sachverständigenplans die ganze Welt auf die Schwelle einer neuen Aera des Friedens und des Wohlstandes geführt habe. Der General führte aus, daß die Erreichung dieses Ziels vielleicht unmöglich gewesen wäre ohne die Haltung, die Präsident Coolidge und Staatssekretär **Hughes** dem Sachverständigenkomitee gegenüber eingenommen haben. Mit großer Emphase verdammte Dawes den Plan des demokratischen Präsidentschaftskandidaten **John W. Davis**, einen Volksentscheid über einen Eintritt in den Völkerbund herbeizuführen. Mit Bezug auf den dritten Präsidentschaftskandidaten **La Follette** erklärte der General, daß „extremster Radikalismus" das hervorstechendste Merkmal im Wahlkampf dieses Kandidaten sein wird.

Im Verlauf seiner Rede führte General Dawes weiter aus, daß die **Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht zustimmen**, da er nicht glaube, daß ein Eingriff in die Souveränität Amerikas zur unabhängigen Beschlußfassung bezüglich seiner eigenen Pflichten gemacht werden könne. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten ihre internationalen Pflichten ohne Zögern erfüllen und jeden Kontakt, der sich aus dem gesunden Menschenverstand ergebe, begrüßen sollten.

Seine Erklärungen über

das Verhalten Cooldges und Hughes den Sachverständigen

gegenüber erläuterte der General, indem er sagte: Coolidge und Hughes haben nicht nur ihre Zustimmung zur Mitarbeit der amerikanischen Sachverständigen gegeben, sie haben auch diesen Männern **genaue Ratschläge** erteilt und ihnen als Hintergrund die Sterne und Streifen und das amerikanische Volk gegeben. Wenn die Arbeit der Mission nicht als eine große Hilfe anerkannt worden wäre oder wenn der Plan verfehlt hätte, der Welt etwas Wertvolles zu bieten, dann würden Coolidge und Hughes beschuldigt werden, daß sie das Land erniedrigt hätten, wenn sie ihren Pflichten ausgewichen wären und die Frage der **offiziellen Beteiligung** übereilt zur Debatte gestellt hätten. Die Vereinigten Staaten würden gerade wegen dieser Debatten und Verzögerungen im Senat an dem letzten verzweifelten, aber erfolgreichen Versuch, eine gemeinsame Basis für einen neuen Weltfrieden zu finden, nicht teilgenommen haben, vorausgesetzt, daß eine solche Basis ohne ihre Mitwirkung überhaupt gefunden worden wäre. Wenn sie diese Haltung nicht eingenommen hätten, wäre Europa jedenfalls nicht in der Lage, sich abzuwenden von Chaos, Haß und Krieg. Mit den aufgestellten Plänen wenden sich Frankreich, England, Deutschland, Italien, Belgien, ja das ganze Europa einem **neuen friedvollen Leben** zu mit Hoffnungen und nicht mit **Verzweiflung** im Herzen dem Wohlstande entgegen. Die Vereinigten Staaten aber werden dadurch bewahrt vor der unvermeidlichen Depression in Industrie und Landwirtschaft, die die Folgen des fortdauernden Elends und Chaos in Europa sein müßten.

Zum Schluß unterstützte Dawes den **Weltgerichtshof-Vorschlag Cooldges.**

Der spanische Erfolg im Riff.

Madrid, 21. August Das Direktorium erklärt sich, wie der Frkf. Ztg. gekabelt wird, mit der Wendung des Riff-Feldzuges zufrieden In der Westzone ist die Ruhe wieder hergestellt, in der Ostzone verliefen die letzten Kämpfe äußerst günstig. Die spanischen Verluste waren unerheblich, dagegen hatten die Riffleute 450 Verwundete und 100 Tote. Sie kämpften mit wilder Energie, die Katastrophe von 1921 wiederholen zu können. Der „Sol" schreibt, die Riffzone sei nutzloses Gebiet, aber die internationalen Rücksichten zwingen Spanien, sie restlos zu besetzen. Seine Opfer bringe es lediglich zur Aufrechterhaltung der franco-englischen Entente über Marokko.

Spende des Papstes für China

Papst Pius 11. hat, wie der Maasbode meldet, für die Opfer der Ueberschwemmungskatastrophe zu Tientsin in China 100 000 Lire gespendet, die er dem Apostolischen Delegaten Msgr. Constantini übermies.

Deutschland.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien.

WTB **Brüssel**, 22. August. (Drahtb.) Agence Belge meldet, die Verhandlungen über den Abschluß eines modus vivendi zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien werden am 15. September in Berlin beginnen. Der modus vivendi soll bis zum Abschluß des endgültigen Handelsvertrages in Kraft bleiben An der Spitze der belgischen Delegation wird der belgische Gesandte in Berlin stehen.

Kommende Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag.

WTB **Rom**, 20. August. Die von London zurückgekehrten Minister de Stefani und de Nava haben sich Pressevertretern gegenüber über die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen geäußert. Dabei teilte de Nava u. a. mit, daß im **Oktober oder November Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag** beginnen würden.

Zentrum und Aufwertungsfrage

Eine zentrumsparlamentarische Seite schreibt uns:

Die Zentrumsmitglieder des Aufwertungsausschusses — Abgeordneten Dr. Fleischer, Dr. Schetter, Hofmann-Köln, hatten entsprechend einem Ausschußbeschluß einen Vorschlag für einen Antrag betr. die Abänderung der 3. Steuernotverordnung ausgearbeitet und der Regierung zur Prüfung und weiteren Verwertung überreicht. Sie hätten es am liebsten gesehen, wenn die Regierung im Sinne dieses Vorschlages von sich aus die Regelung der Frage in Angriff genommen hätte. Da es aber die Regierung vorzog, diesen Anschlag gleich den Anträgen der übrigen Parteien einer Kritik zu unterziehen, die in öffentlichen Druckfachen dem Ausschuß zugänglich gemacht wurde war es verständlich, daß der Ausschuß den einstimmigen Wunsch äußerte, den Zentrumsantrag im Wortlaut kennen zu lernen.

Daraufhin haben in der Ausschußsitzung die Zentrumsmitglieder den Antrag zur Kenntnis gebracht und kurz erläutert. Er hat folgenden Wortlaut:

Vorschlag für einen Antrag betr. die Abänderung der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924.

I.

1.) Artikel 1 der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. 1 S. 74) wird dahin abgeändert, daß für Ansprüche aus Rechtsverhältnissen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begründet sind, die Zahlung einer bestimmten in Reichsmährung ausgedrückten Geldsumme zum Gegenstand haben, und bei denen es sich um Vermögensanlagen handelt, die durch den Währungsverfall entwertet sind, der Zinsendienst in Höhe von 0,5 Prozent des Goldwertes der Forderung am Tage der Begründung des Schuldverhältnisses, für das Jahr am 1. Januar 1925 mit der Maßgabe beginnt, daß an diesem Tage die Zinsen ab 1. Juli 1924 gezahlt werden.

Weitere rückständige Zinsen sind als erlassen zu betrachten.

Der Zinssatz steigert sich ab 1 Januar 1925 um je 0,1 Proz., für das Jahr bis zum Höchstsatz von 1 Prozent.

Bei mündelsicheren Anlagen steigert sich der Zinssatz um 0,1 Prozent jährlich bis zum Höchstsatz von 1,5 Prozent.

Vereinbarungen höherer Zinsen zwischen Gläubiger und Schuldner sind zulässig.

Als Vermögensanlagen gelten die in Abs. 2 § 1 Art. 1 bezeichneten Ansprüche.

2.) Die Zahlung der gemäß den vorstehenden Bestimmungen verzinsten Hauptschuld kann nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt werden. Der zu zahlende Betrag berechnet sich nach den Grundsätzen, die für die Kapitalisierung einer Rente maßgebend sind (auf das 25fache des Höchstzinssatzes).

Durch Gesetz wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Gläubiger und Schuldner eine frühere Zahlung der Schuld verlangen können.

3.) In § 12 Abs. 2 ist folgenden Satz anzufügen: Ferner werden Ansprüche aus Familien- und erbrechtlichen Auseinandersetzungen nicht als Vermögensanlagen angesehen, auch wenn sie nicht in wiederkehrenden Leistungen bestehen und durch Hypothek gesichert sind.

2:

1.) Für die Anleihen des Reiches und der Länder, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung aufgenommen sind und auf Reichsmark lauten, wird der Zinsendienst zunächst in Höhe von 0,5 Prozent des Nennwertes für das Jahr am 1. Januar 1925 mit der Maßgabe wieder aufgenommen, daß an diesem Tage die Zinsen ab 1. Juli 1924 gezahlt werden.

Dies gilt nur für Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, sowie für solche anderen Anleihen, bei denen nicht eine Verpflichtung zur Rückzahlung der ganzen Anleihe innerhalb zweier Jahre nach der Aufnahme der Anleihe besteht.

Diese Vorschriften gelten auch für Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht durch Reichsgesetz ein anderes bestimmt wird. In Einzelfällen kann die oberste Landesbehörde, falls besondere Verhältnisse vorliegen, für die Anleihe einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes eine Regelung treffen, die von den vorstehenden Vorschriften abweist.

Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrates die für Gemeinden geltenden Vorschriften auf die Anleihen anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten, sowie auf die in § 41 des Hypothekenbankgesetzes bezeichneten Schuldverschreibungen für anwendbar erklären.

Weitere rückständige Zinsen aus der Zeit vor dem 1. Juli 1924 sind als erlassen zu betrachten.

Eine Einlösung der Hauptschuld kann bis auf weiteres vom Gläubiger nicht gefordert werden.

2.) Die in Ziffer 1 vorgesehenen Zinsen sind auch denjenigen zu zahlen, die ihre Anleihestücke bis zum Nennwert von 20 000 Mark auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 19. Mai 1923 zurückgegeben haben.

Sollte die Naturalrückgabe der Anleihestücke technisch unmöglich oder aus sonstigen Gründen untunlich sein, so sind diese Personen in angemessener Weise zu entschädigen.

Die Finanzämter sind anzuweisen, bedürftigen Kleinrentnern die Steuer zu erlassen die sich aus der Umwertung der Reichs- und Staatsanleihen ergeben.

In wie weit die Träger der Sozialversicherung für die früher in ihrem Besitz gewesenen, während der Inflationszeit im Jahre 1923 veräußerten Anleihestücke hierbei zu berücksichtigen sind, bleibt einer besonderen Regelung vorbehalten.

3.

Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung der vorstehenden Bestimmungen erforderlichen Vorschriften.

Eine Begründung werden wir noch nachtragen!

Und Ludendorff stand dabei.

Der Parteitag der Deutschvölkischen in Weimar, dessen der größte Teil der deutschen Presse verdientermaßen kaum Erwähnung tat, endete mit einer Kundgebung vor dem Nationaltheater, in welcher einer der ganz wilden nämlich der Angeordnete Dinter eine Rede hielt die sich mit dem Londoner Abkommen befaßte. Was Dinter sprach, war nichts anderes als eine Aufforderung zum **Mord an den deutschen Delegierten.** Dinter sagte. „Ich klage hier an der Seite des größten deutschen Feldherrn die gegenwärtige Reichsregierung des Volks- und Hochverrats an! Sie gehört an den Galgen!" (Stürmische Zurufe: „An die Laterne!") Und Ludendorff stand dabei und widersprach nicht. Dieses Bild ist geradezu erschütternd.

Was wir doch für Sorgen haben!

In der Lutherischen Vereinigung von Berlin und der Provinz Brandenburg, die dieser Tage ihre Jahresversammlung in Potsdam abhielt, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Jahresversammlung der evangelisch-lutherischen Vereinigung für Berlin und Brandenburg richtet das Augenmerk der evangelischen Kirchengemeinden und Kirchenbehörden auf den in **bedrohlicher Weise zunehmenden Einfluß der römischen Propaganda** in unserer Provinz und fordert besonders, daß bei der Auswahl der Beamten für die Schulbehörde entsprechend dem überwiegend evangelischen Charakter unserer Provinz jede einseitige Bevorzugung römisch-katholischer Beamter vermieden wird."

Es ist doch gut, daß die „Schwarzseher" sich wieder einmal melden, sie wären sonst in der Tat in Vergessenheit geraten.

Kirchliches.

Schluß der Fuldaer Bischofskonferenz.

() **Fulda**, 22. Aug. Die Bischofskonferenz ist am Mittwochabend nach dreitägiger Dauer zu Ende gegangen. Die Schlußandacht in der Krypta hielt Kardinal Bertram. Die in Ostdeutschland beheimateten Bischöfe verließen bereits mit den Nachtzügen die Bonifatiusstadt, die übrigen (mit Ausnahme des Bischofs von Meißen) am Donnerstagmorgen. Kardinal Schulte, mit dem auch der Bischof von Limburg reiste, fuhr im Auto über Gießen und Limburg, um am Donnerstagabend in Köln wieder einzutreffen.

() **Elberfeld**, 22. Aug. Der päpstliche Geheimkämmerer Prälat Karl Neumann ist nach einem Drahtbericht aus Nürnberg dort infolge eines Schlaganfalles plötzlich im Alter von 71 Jahren auf der Rückreise von einem Urlaub in Bayern gestorben. Der Verstorbene hat 27 Jahre in Elberfeld gewirkt und erfreute sich auch bei den Andersgläubigen großer Achtung.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Bezirksfest der katholischen Jungmännervereine.

Der Bezirk Olpe der katholischen Jungmännervereine feiert am 7. September sein erstes Bezirksfest. Es wird dieses eine große öffentliche Kundgebung des Wollens der katholischen Jugend werden. Am Abend kommt das prächtige Ritterschauspiel „Der Schwanenritter von Cleve" als Festschauspiel zur Aufführung. Die katholische Jugend ist mitten im Rüsten für diese Feier. Die katholischen Jungmännervereine der Umgegend werden schon heute auf diese Festveranstaltung aufmerksam gemacht.

W **Olpe**, 23. Aug. Heute ist ein für die Astronomen der ganzen Erde äußerst bedeutungsvoller Tag, da heute der **Mars** auf seiner Wanderung im Weltenraum für dieses Jahrhundert die nächste Erdennähe — immerhin noch eine Entfernung von rund 56 Millionen Km. von der Erde — erreicht. Es sind eine ganze Reihe von astronomischen Expeditionen unternommen, um die Gelegenheit zu benutzen, die vielen Marsrätsel zu lösen. Die Marskanäle sollen u. a. studiert werden, weil, falls sie als künstlich angelegt angenommen werden, dies ein sicheres Zeichen für das jetzige oder frühere Vorhandensein lebender menschenähnlicher Wesen sein würde. Die Amerikaner wollen bei der Marsbeobachtung am 23. August natürlich wieder allen voran sein. Ihre Bemühungen gehen soweit, gleichzeitig bei den Beobachtungen auf **radiotelegraphischem Wege** mit den angeblichen **Marsbewohnern** in Verbindung zu treten. So hat eine der größten Funkenstationen in den Vereinigten Staaten eine Anlage errichtet, der die Aufgabe zufällt, mit bisher noch nicht angewandten elektrischen Energiemengen die Verständigung mit dem Mars zu suchen. Es erscheint uns nur fraglich, wie die Marsbewohner, falls es welche gibt, auf diese Bemühungen reagieren sollen.

r **Olpe**, 23. Aug. Wie aus dem Anzeigenteil unserer Zeitung ersichtlich ist, feiert die hiesige Freiwillige Feuerwehr morgen bei günstiger Witterung ein Waldfest im Osterseifen. Die Wirtschaft liegt in Händen der Feuerwehr selbst. Der Reinertrag des Festes fließt dem Musikkorps der Wehr zu, zwecks Anschaffung von Instrumenten, Noten usw. Man wolle also schon mit Rücksicht hierauf die Veranstaltung unter-



stützen, damit eine gedeihliche Fortentwickelung der Feuerwehrkapelle nicht an der Geldfrage scheitert.

(*) **Listernohl**, 23. Aug. Ein junger Kaufmann setzte unter einen Wechsel über 250 Mark die Unterschrift eines Landwirts in Hunswinkel, zu dem er in Geschäftsverbindung stand. Als der Protestwechsel bei dem Landwirt vorzeigen wollte, hielt ihn der Aussteller auf, um seinerseits den Wechsel einzulösen, worauf sich der Beamte nicht einließ. **Nunmehr kam die Fälschung zutage** und das Hagener Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis. Er erhielt Strafaussetzung gegen 250 Mark Buße. Der Wechsel ist gedeckt.

!! **Attendorn**, 23. Aug. Am 30. August kommt der Olpe-rather **Männergesangverein** nach hier um im Schützensaale zum Besten des im Bau begriffenen Vereinsheims der „Cäcilia" **ein Konzert zu geben. Rheinische Humoristen** wirken mit. Wie verlautet, soll sich der M. G. V. „Cäcilia" ernstlich mit der Wiederaufnahme der noch nicht über das Kellergeschoß hinausgekommenen Arbeiten tragen.

:: **Attendorn**, 23. Aug. **Vortragsfolge der kirchlichen Tonwerke** bei den Gottesdiensten am Sonntag, dem 24. August, **gelegentlich der Tagung des Sauerländischen Heimatbundes zu Attendorn: 1. Im Hochamte (9 Uhr):** Asperges; Orgelstück: Andante maestoso von Rheinberger, Introitus der Tagesmesse nach der Vaticana, Kyrie aus der Misse de S. Apostolis für 5stimmigen gemischten Chor von Mitterer. Gloria nach der Vaticana, Missa de S. Angelis, Graduale (Vaticana) Credo von Mitterer Lied 179 Volksgesang, Predigt. Lied 277 Volksgesang. Offertorium (Vaticana), Orgelstück: Romanze von Guilmant, Sanctus, Benedictus und Agnes Dei von Mitterer, Postkommunio (Vaticana), Lied 288 Volksgesang, Orgelstück: Alleluja von Bunk. **2. In der Festandacht (2 Uhr):** Orgelstück: Phantasie G moll von Bach, Lied 3. Nr. 1 Volksgesang, Vorführung der Orgel in freier Improvisation, Chorlied: Beim Tabernakel, für gemischten Chor von Rosenstengel. Gebet. Orgelstück: Vision von Rheinberger, Lied 94. Volksgesang, Gebet, Orgelstück: Ave Maria von Reger, Chorlied: Memorare, für gemischten Chor mit Orgelbegleitung von Griesbacher, Gebet, Lied 3 Nr. 2, Tantum ergo von Haller, Orgelstück: Triumphal-Marsch von Lemmens. Die Gesänge werden ausgeführt vom Attendorner Kirchenchor unter Leitung des Lehrer Ruegenberg, die neue an diesem Tage zum ersten Male benutzte Orgel spielt Herr Musikdirektor Montag in Dortmund.

!! **Attendorn**, 23. Aug. **Der Sauerländer Heimatbund** teilt uns mit, daß anläßlich seines in Attendorn **stattfindenden Heimatfestes** Sonntag den 24. August 1924 **folgende Sonderzüge** fahren: Finnentrop ab 9,09 **vormittags**, Attendorn an 9,25 Uhr vormittags. Attendorn ab 10,30 nachm Olpe an 11,07 Uhr nachm. Der Zug hält auf allen Stationen. Außerdem ist ein Sonderzug 10,30 nachm. ab Attendorn nach Wennemen beantragt.

!! **Attendorn**, 23. Aug. **Eine Feier des 25jährigen Dienstjubiläums** des Sparkassenrentmeisters Schulte fand vorgestern nachm. im Hotel Rauch im Anschluß an eine Sitzung der Amtsversammlung statt. Amtmann Becker feierte mit anerkennenden Worten die Verdienste, die sich der Jubilar um das Amt und die Amtssparkasse Attendorn erworben hat und überreichte zum Danke als dauerndes Andenken eine wertvolle, goldene Uhr. Der Jubilar war sehr gerührt und hatte eine solche Ehrung nicht erwartet; er dankte mit herzlichen Worten. Die Amtsversammlung und der Sparkassenvorstand, die sich zu diesem Ehrentage um den Gefeierten geschart hatten, blieben noch recht lange in feucht-fröhlicher Stimmung zusammen, bis die Polizeistunde die fröhliche Tafelrunde auseinandertrieb.

„ **Heggen**, 23. Aug. **Neues Krankenhaus.** Unser Pflegehaus ist zum Krankenhaus umgewandelt worden. Die am Mittwoch erfolgte Abnahme seitens der Regierung fiel zur vollsten Zufriedenheit aus. Das Haus ist mit allen modernen Einrichtungen versehen. Die Bettenzahl beträgt 35.

:: **Förde**, 21. Aug. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, die angekaufte Wohnbaracke auf dem Müllerschen Grundstück in der Peimecke aufzuschlagen und das Grundstück auf 20 Jahre zu diesem Zwecke zu pachten. Die Ausführungsarbeiten wurden dem Bauunternehmer Müller zum eingereichten Preise von ca. 5000 M. übertragen. Da die Gesamtkosten der Baracke sich auf ca. 10—12 000 Mark belaufen werden, so ist die Aufnahme einer Anleihe notwendig, welche in Höhe von 8000 Mark bei der Darlehnskasse beantragt werden soll. — Mit 6 gegen 6 Stimmen, wobei der Gemeindevorsteher den Ausschlag geben mußte, wurde beschlossen, einen Zuschlag zur Kreishundesteuer von 5 Mark als Gemeindesteuer zu erheben. — Von dem Abschlußbericht über die Reparatur der Wasserleitung wurde Kenntnis genommen. — Auf Antrag der Interessenten an dem Baugelände an der Lenne wurde beschlossen, das Baugelände an die Wasserleitung anzuschließen und zu diesem Zweck 50er Rohre zu liefern; die Verlegung erfolgt jedoch auf Kosten der Interessenten. — Der Beschluß der Wasserleitungskommission betr. Anschaffung von Wassermessern für 20 namhaft gemachte Häuser wurde genehmigt. — Der Antrag der freiw. Feuerwehr auf Gewährung einer Beihilfe von 600 Mark wurde genehmigt.

Wirtschaftliches.

Die Reichsindexziffer

WTB **Berlin**, 22. August. (Drahtb.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung), berechnet sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 20 Aug. auf das 1,14 billionenfache der Vorkriegszeit. Sie ist gegenüber der Vorwoche unverändert.

Keine Entwertung der Rentenmark.

WTB **Berlin**, 22. August. (Drahtb.) Die deutsche Rentenbank teilt mit, es verbreiten sich mehrfach die Anzeichen der Gerüchte, über eine angeblich in Aussicht stehende Entwertung der Rentenmark. Diese sind anscheinend aus unlauterem Grund in Umlauf gesetzt zum Zwecke einer Abstoßung bisher zurückgehaltener Waren. Die Bevölkerung soll veranlaßt werden, ihre Sparpfennige herauszugeben und sie in Waren anzulegen. **Alle derartigen Ausstreuungen sind vollkommen haltlos und entbehren jeder Grundlage. Die Rentenmark ist in ihrem Werte**, wie jetzt hinreichend bekannt sein soll, **durch Goldverzinsung erstklassiger Belastungen der deutschen Landwirtschaft und Industrie vollständig sicher gestellt. Die Annahme des Sachverständigengutachtens hat für die Rentenmark keine Wertverminderung im Gefolge.** Sie wird auch dann noch eine Reihe von Jahren **als vollgültiges Zahlungsmittel im Umlauf bleiben und erst nach und nach durch die neue Währung der Goldrentenmark in ihrem vollen Goldwert eingelöst werden**, wobei eine Rentenmark gleich 1 Reichsmark gilt.

Das Ende der Rentenbank.

Liquidierung innerhalb 10 Jahren.

Im Zusammenhang mit dem neuen Bankgesetz wird dem Reichstag auch ein Gesetzentwurf über die Liquidierung der Rentenbank vorgelegt werden. Ueber den wesentlichen Inhalt dieses Entwurfes werden folgende Mitteilungen gemacht:

Die bisherige Verpflichtung der Industrie, Handels- und Gewerbebetriebe, einschließlich der Banken, wird aufgehoben. Die Grundschulden und die Anteilrechte dieser Unternehmer erlöschen. Sie haben jedoch die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes aufgelaufenen Zinsen an die Rentenbank abzuführen. Es bleibt die Belastung der Eigentümer der dauernd land- und forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke. Die Grundschuld wird von 4 auf 5 Prozent ermäßigt. Entsprechend der Verringerung der Grundschuld wird das Kapital der Bank von 3,2 auf 2 Milliarden Rentenmark ermäßigt. Die Grundbuchämter fällt fort. Die deutsche Rentenmark darf über den Betrag der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes von ihr ausgegebenen Rentenbankscheine hinaus Rentenbankscheine nicht mehr ausgeben. Die Reichsbank hat den Gesamtbetrag der ausgegebenen Rentenbankscheine innerhalb längstens 10 Jahren zu liquidieren.

Die Tilgung der von der Rentenbank ausgegebenen Rentenmarkkredite erfolgt in verschiedener Weise. Bei der Reichsbank wird ein besonderer Tilgungsfonds gebildet. Die Rentenbank hat alle Einnahmen aus den Hypothekenzinsen an den Tilgungsfonds abzuführen. Das Reich übernimmt der Reichsbank gegenüber die Garantie, daß diese Zahlungen jährlich mindestens 60 Millionen Rentenmark betragen. Das Reich hat jährlich 60 Millionen Rentenmark abzuführen, erstmalig am 1. Januar 1925. Der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank fließt in den Tilgungsfonds. Diese Leistungen an den Tilgungsfonds sind solange zu bewirken, bis der Gesamtbetrag der dem Tilgungsfonds zugeführten Beträge 1200 Millionen Rentenmark erreicht hat. Die Tilgung der Kredite an die Wirtschaft muß unter allen Umständen binnen drei Jahren beendet sein. Am Schluß des ersten Jahres soll mindestens ein Drittel, am Schluß des zweiten Jahres ein weiteres Drittel des übernommenen Kreditbestandes abgewickelt sein. Die dreijährige Frist beginnt am 1 Dezember 1924. Die Geschäftstätigkeit der Rentenbank ist auf die Abwicklung der Rentenmarkkredite zu beschränken, jedoch hat sie das Recht, aus dem 60 Millionen Mark übersteigenden Ertrag der Hypothekenzinsen jährlich 25 Millionen auszusondern und einer mit Einverständnis der deutschen Rentenbank und der Reichsregierung zu gründenden landwirtschaftlichen Kreditanstalt zur Verfügung zu stellen. Die Reichsbank hat am Ende jeden Jahres den Betrag der eingezogenen und der noch im Umlauf befindlichen Rentenmarkscheine öffentlich bekannt zu machen.

Vertagung der Micumverhandlungen beantragt.

() **Essen**, 22. Aug. (Drahtb.) Wie die Deutsche Bergwerkszeitung erfährt, hat die Micum die **Sechser Kommission zu einer Besprechung auf den 22. 8. 24 eingeladen. Die 6er Kommission hat die Verlegung des Termins beantragt**, da sie seitens der deutschen Regierung noch nicht darüber benachrichtigt werden könnte, wie sich die Frage der Reparationszahlungen nach dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen zu gestalten habe.

Turnen, Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

() **Siegen**, 22. August. Zu der gestern nachmittag im kath. Gesellenhause stattgefundenen Kreisausschußsitzung waren der Kreisvorstand und die Gauvertreter trotz des ungünstigen Termins fast vollzählig erschienen — Die Beratungen, die sich auf die endgültige Festlegung der neuen Gaugrenzen, Anträge zum Verbandstag und dergl. erstreckten, dauerten bis gegen 8 Uhr. Anschließend an die Tagung fand dann eine gemütliche Zusammenkunft mit den Freunden und Gönnern der hiesigen D. J. K. statt, bei der Kreisvorsitzender, Herr Vikar Koenig, in einem kurzen, aber inhaltsreichen Referat es verstand, die Zuhörerschaft für die hochstehenden D. J. K.-Ideale zu begeistern — Im Laufe des Abends kamen noch mehrere Kreisvorstandsmitglieder zu Worte, deren Ausführungen wesentlich zur Erhöhung der begeisterten Stimmung beitrugen Erst in später Abendstunde trennte man sich in dem Bewußtsein, ein unvergeßliches Ereignis erlebt zu haben und mancher Gleichgültige dürfte aufgeklärt, mancher Unwissende dahingehend belehrt worden sein, daß für jeden kathol. denkenden Jüngling, für jeden kath. Jungmann in erster Linie die Parole lauten muß: Hinein in die kathol. Jugend- und Jungmänner-Vereine, hinein aber auch in die „Deutsche Jugendkraft".

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. J. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion Dr. phil. Albert Wand in Olpe, für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg: für den Reklame- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.

Sanitrete
sowie alle Arten v. Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Pickeln, Mitessern, etc. verschwind. d. tägl. Gebrauch d. echten
Reckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.
Kreuz-Drogerie Bernhard Frerichmann.

Jetzt kostet LUHNS Wasch-Extrakt 2 Pakete 50 Pfg. Abrador-Seife 2 Stück 35 Pfg.
LUHNS mit Rothand hat sich nunmehr rund 30 Jahre bewährt und ist überall wieder zu haben, wo im Schaufenster sichtbar. Vertreter: Walter Pickardt, Niedersessmar, Telefon 128.

Bruchleidende Heilung ohne Operation ist möglich, mit meinem Bruchverbandapparat, ohne Federn, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen (für alle Arten von Brüchen, wie Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nabel-, Bauchbrüche etc.), hält auch den schwersten Bruch ohne lästigen Druck von unten nach oben sicher zurück. Tag und Nacht tragbar, Wundwerden gänzlich ausgeschlossen. Sichere Hilfe, auch da, wo andere Systeme versagten, auch für Kinder im zartesten Alter. Vollste Garantie für Paßform, sonst Geld zurück. Glänzende Anerkennungen von geheilten Personen werden vorgelegt, z. B.: **Frau J. H.** in Lüdenscheid, Bruch geheilt; **Herr J. M.** in Neuweier, 73 Jahre alt, schwerer Bruch geheilt; **Herr H. R.** in Naumburg, 78 Jahre alt, Doppelbruch geheilt; **Frau J. Sch.** in Plauen, 67 Jahre alt, Doppelbruch geheilt usw. **Kostenlose Auskunft** (+2723) auch für Damen durch Dame)
in **Attendorn**, Hotel Pfeiffer, **am Montag, dem 25. August, von 8—11;**
in **Olpe**, Hotel z. Schwanen, „ „ 1—6.
Bitte genau auf meine Firma zu achten. **Fr. Jung, Lorsch** in Hessen.

Kost und Logis für einen Gehilfen gesucht.
Gaststr. Marg. Olpe

Steuerberatung Steuerreklamation Rechtsauskunft
bei Justizobersekretär z. D.
Schneider,
Olpe, Westfälische Straße 25.

Am Sonntag, dem 24. d. Mts. veranstaltet die hiesige
Freiw. Feuerwehr
bei günstiger Witterung im Oktersiefen ein
Wald-Fest,
wozu die Mitglieder 2¼ Uhr auf dem Marktplatze antreten.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen. Eintritt frei. 1 Glas Bier 20 Pfg. Vorher wird Signal geblasen.
Der Vorstand.

Achtung!
Der langersehnte Wunsch vieler Landwirte ist nun erfüllt, nämlich ihnen eine **Zentrifuge** mit Hängetrommel zu liefern, welche nicht mehr Milch saßt als die der verbesserten Tischzentrifuge.
Vorzüge: Kleine Hängetrommel mit Tellereinsatz. Die Verschlußmutter ist in der Hand leicht zu schließen und zu lösen. Nach dem Stillstand automatische Entleerung. Allerschärfste Entrahmung. Leichter Gang. Automatische Dauerschmierung. Das Trommelgehäuse ist emailliert und ohne das lästige Dichtungs-Gummi. Sämtliche Lager sind über der Trommel, deshalb können Milch oder Wasser durch oberflächliche Behandlung nicht in die Lager kommen. Der Preis ist bedeutend niedriger als der der bisherigen Hängetrommel-Zentrifuge. Gebe die Maschinen zur Probe mit langjähriger Garantie, sowie Zahlungserleichterung ab. Gebrauchte Maschinen nehme in Zahlung. Auf Verlangen liefere jedes System Zentrifugen schon von Mk. 50.— an. — **Vertreter gesucht.**
G. Schmittseifer, Derschlag.
Lager in landw. Maschinen, Motoren, Nähmaschinen, Fahrräder. Reparaturen, Werkstatt mit Motorbetrieb und autog. Schweißerei.
Tel. Amt Gummersbach Nr. 180. Gegr. 1891.

Jubiläums-Lotterie
ist die
250. Preußische Klassen-Lotterie
Wieder Einzelziehung aller Gewinne
Größter Gewinn im günstigsten Falle
1 Million Rentenmark
Zur ersten Klasse empfehle:

½	¼	⅛	Lose
24.—	12.—	6.—	3.— R.-Mk.

Porto extra. Pläne gratis.
Sichern Sie sich sofort ein Los!
Thurmann
Staatl. Lotterie Einnehmer
Lippstadt
Telefon Nr. 5.
Postscheck Conto Nr. 2505 Dortmund
†2721)

Goldmark-Eröffnungsbilanz (Umstellungs-Bilanz) auf Grund Verordnung 28. 12 1923.
Beratung, Gutachten, Aufstellung bezw. Entwurf der erforderlichen Bilanzen, Berichte, Protokolle, Anmeldungen usw. durch **Ferdinand Beier** von der Handelskammer Siegen öffentlich angestellter Büchersrevisor (von dieser auch vorgeschlagen als Schlichter bei dem von der Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern zu errichtenden Schiedsgericht über Goldbilanzstreitfragen. (w192)

3. Tagung des Sauerländer Heimatbundes
23.—25. August 1924 in Attendorn.

Festfolge:

Samstag, den 23. August:
4 Uhr nachm. im Saale des Gasthofs Dingerkus:
Besprechungen des Hauptvorstandes mit den Ortsgruppenvorständen. Diesen Tag können passend auch die Vorstände anderer Vereinigungen im Sauerlande zu Besprechungen benutzen und mögen dann dazu einladen.
8 Uhr abends in der Schützenhalle:
Begrüßungsabend; Lichtbilder-Vorträge über Attendorn und Volksliedervorträge.

Sonntag, den 24 August:
9 Uhr vorm. **Festgottesdienst** in beiden Pfarrkirchen mit Festpredigt.
10½ Uhr vorm. auf dem großen Markt:
Aufführung des Trillertanzes durch die Attendorner Schützen, mit anschließender **musikalischer Unterhaltung** im Schützenhaus.
2 Uhr nachm. **Festandacht.**
3 Uhr nachm. in der Schützenhalle:
Festversammlung. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden und Vorträge: Was soll uns die Heimat sein? Heimat und Frau. Heimat und Lied. Denkmalspflege und heimische Bauweise. Naturschutz im Sauerlande.
7 Uhr abends in der Schützenhalle: Aufführung von
„Dai niaae Fürster"
Lustspiel in Attendorner Platt von Joseph Schulte Attendorn.
7 Uhr abends im Gasthof Dingerkus: Aufführung des Grimm'schen Lustspiels
„De Koppelschmid"
vom Verein studierender Sauerländer
In der nicht durch Versammlungen ausgefüllten Zeit Besichtigungen der Stadt, der Höhle, des Museums und der Kunstausstellung.

Montag, den 25. August.
Bis 10½ Uhr: Besichtigungen und Führungen, **Wallfahrt nach Waldenburg.**
10½ Uhr vorm. im Saale des Gasthofs Dingerkus: **8. Generalversammlung der Vereinigung studierender Sauerländer.**
1½ Uhr nachm. im Rittersaale von Burg Schnellenberg: **4. statutenmäßige Mitgliederversammlung des Sauerländer Heimatbundes**
Anschließend Altschnellenberg: **Gemütliches Zusammensein,** plattdeutsche Ansprache, Volkstänze.
Während der ganzen Tagung
Kunstausstellung
in der Aula des Gymnasiums.

Sonntag abend 10⁴⁰ Uhr fährt ein Sonderzug von Attendorn nach Olpe. Derselbe hält auf allen Stationen.

Suche per sofort einen tüchtigen
Former
welcher selbständig arbeiten kann. †2777
Aug. Beul, Armaturenfabrik, Attendorn

Moderne Literatur
Ruegenberg'sche Buchhandlg., Olpe, Bahnhofstr.

Mund-Harmonikas
echtes Knittlinger Fabrikat empfehlen (w47)
Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstrasse.

Für schulentlassene
Hütejungen u. Arbeitsburschen
suchen wir jederzeit geeignete Arbeitsstellen. Kath. Männer Fürsorge-Verein, Dortmund, Mühlenstr. 11a.
Anfragen ist für Auslagen 1,— G.-M. beizufügen.







Am Dienstag, dem 26 Aug.
findet der diesjährige

Reifter Markt

in Reiste

in althergebrachter Weise statt, verbunden mit

Kram-, Vieh-, Pferde- und Fohlen-Markt

gleichzeitig (†j2710)

Tierschau und Verlosung.

Nachmittags Ball

Die Abfahrzeiten der Sonderzüge werden auf dem Markte bekanntgegeben.



Empfehle meine große Auswahl

Fahrräder

verschiedener Marken wie

Brennabor, Dürkopp usw.

Besonders möchte ich hinweisen auf mein vorzügliches Angebot in

Spezial-Rädern

welche ausstaffiert sind wie folgt: Ia. Doppelglockenlager, Freilauf und Rücktritt von nur erstklassigen Fabrikaten, 2 weiße Gebirgsdecken und schriftliche Garantie. Preis 118,— M., freibleibend, solange Vorrat reicht und ca. 30 Stück zur Auswahl.

Kaufmöglichkeit für jedermann, da Teilzahlung gewährt wird.

Fahrradhandlung Karl Becker, Olpe
Westf. Straße 30. Tel. 234.

Flügel — Pianos
Einbau-Instrumente
Harmoniums

liefert zu günstigen Preisen. Vertretung nur erster Firmen — Sämtliche Reparaturen und Stimmungen werden prompt und fachgemäss ausgeführt.

Pianosessel, Notenständer usw.

Otto Bauer, Klaviermacher,
Siegen, Wallgrabenstrasse 4.
Fernsprecher Nr 1736.

Auskunft erteilt Herr Seminar-Musiklehrer Rosenstengel, Olpe.

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ bauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hauses, Holzgeschäft,
Rüsperweg b. Obertundem i W.

Olpe :: Hotel zum Schwanen

Gastspiel des Kölner Operetten-Theaters
Leitung: HARRY HEYTHAUSEN

Samstag, den 23. August. Anfang 8 Uhr.
Der Schlager der Saison

Familie Raffke

Operettenschwank mit Gesang und Tanz in 3 Akten
In der Hauptrolle: Harry Heythausen, der brillante rhein. Komiker.
In allen Grossstädten mit beispiellosem Erfolg gegeben.

Sonntag, den 24. August nachm. 4 Uhr zu kl. Preisen

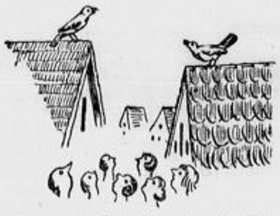
Sehneewittchen und die 7 Zwerge.

Nachm. hat jeder Erwachsene 1 Kind frei.

Abends 8. Uhr

Der lebende Film.

Vorverkauf bei Frerichmann und Hotel zum Schwanen.



Hören Sie, Frau Nachbarin! Die
neuen Ullstein-Mode-Alben*)
sind nicht dumm! Sie kriegen sie bei

J. Lenneberg, Olpe
Modernes Kaufhaus

*) „Damenmoden", „Jugend- und Kinderkleidung", „Das große Ullstein-Album (alles vereinigt)".

Tüchtiges

Mädchen

für 1 Jahr zur Erlernung der Küche ohne gegenseitige Vergütung gesucht. (j†2766

Hotel Hutste'ne, Siegen.

Lötzinn etc.
gegen Altmetalle
liefert w190
Metallhandelsges. m. b. H., Olpe. Telefon 139



Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, den 24. August.

Pfarrkirche in Olpe.

5¾ Uhr hl. Messe. — 7 Uhr Frühmesse. — ½9 Uhr hl. Messe. — 9¼ Uhr Auszug der Rochus-Prozession. 10 Uhr Hochamt mit Aussetzung und Predigt in der Rochuskapelle. — 1½ Uhr Kreuzbruderschaft in der Rochuskapelle. — 2 Uhr Vesper in der Rochuskapelle. — 3 Uhr Andacht mit Predigt für den hl. Orden. — 6 Uhr Todesangstbruderschaft.

Ordnung der Prozession: 1. Knaben u. Mädchen der Schulen. 2. Jungfrauen und Frauen mit ihren Vereinen. 3. Kirchenchor, Engelchen, Banetissimus usw. 4. Schwestern. 5. Kreuzbruderschaft, Schmiedezunft und Kaufm. Verein. 6. Jünglings-, Gesellen- und Arbeiter-Verein. 7. Jünglinge und Männer.

Reihenfolge der Lieder: Von der Kirche bis zur Rochuskapelle Nr. 205, 208, 215. Zum Hochamt: Messgesänge Nr. 275, Schlusslied Nr. 294. Durch die Kortenicke: Schmerzhafter Rosenkranz und Nr. 127. Von der Felmicke bis zur Pfarrkirche: Nr. 206 u. 209.

Kapelle im Mutterhause:
½7 Uhr hl. Messe mit Predigt.

Kapelle im Krankenhause.
7 Uhr hl. Messe mit Predigt.

Kapelle in Thieringhausen.
9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Evang. Kirche.
9½ Uhr Hauptgottesdienst. Pfarrer Schulz aus Menden.

Schlachthof Olpe.

Samstag, morgens 11 Uhr Verkauf von hochwertigem

Hammelfleisch
per Pfd 80 Pfg.

Der Schlachthofvorsteher

Hotel Kaiserhof
Olpe.

Sonntag nachmittag ab 5 Uhr

grosses

KONZERT

mit anschliessendem feinen

Tanzkränzchen.
Moderne Tänze.



Halte Montag, den 25. August, nachmittags 5 Uhr, mit einer Auswahl grosser u. kleiner

Schweine

beim Gasthof Norbert Deimel

in Olpe.

Eduard Grebe.
Fernruf Wenden 31

Linoleum-
Teppiche
Vorlagen
Läufer

Cocosläufer
Fussmatten

A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290.

Reine

Wollgarnsocken

liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins,
Heinsberg/W. Preisefrei

Nachruf.

Am 20. ds. Mts. starb an den Folgen eines schweren Unglücksfalles unser lieber Sangesbruder, der

Dachdeckergeselle

Paul Stahl

im blühenden Alter von nahezu 20 Jahren.

Der Verein verliert in dem Dahingeschiedenen eines seiner treuesten Mitglieder, das sich durch sein reges Vereinsinteresse und sein edles, stets freundliches Wesen die Liebe und Achtung aller Vereinsmitglieder in hohem Masse erworben hat.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesangverein „Cäcilia"
Olpe.



Todes-Anzeige.

Dem lieben Gott hat es gefallen, vergangene nacht 12½ Uhr unsere einzige Tochter und Schwester

Ida Hedwig

nach kurzem Kranksein im zarten Alter von 8 Monaten zu sich in den Himmel zu nehmen.

In tiefer Trauer
Familie Hermann Hüpper.
Olpe, den 22. August 1924.

Die Beerdigung findet Sonntag, 24. Aug., nachmittags 4 Uhr, statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer lieben Verstorbenen sagen wir hiermit unsern **innigsten Dank.**

Olpe, den 23. August 1924. (j2779
Familie Anton Bechheim.

Empfehle:

Ia. Speisekartoffeln

zur Herbsteinkellerung.

Bestellungen werden in meinem Geschäftslokal Hundemstraße 31 entgegengenommen.

J. Solbach, Altenhundem i W.,
Landesprodukte, Kohlen, Kartoffeln, Kunstdünger



Frau Schnatterich!

15.

Bei einer Segelfahrt an der Küste Siziliens ist Frau Schnatterich nach Nordafrika verschlagen worden und, nachdem ihre Barke untergegangen war, als großer Fettfleck am Strande liegen geblieben. Da Korpulenz im Orient als höchste Schönheit gilt, so wird sie von einem Scheich der Senussen als ganz besondere Rarität seiner Sammlung wohlgeformter Frauen einverleibt und, weil sie ihn mit Kukirol von seinen überlebensgroßen Hühneraugen befreit hat, zu seiner Favoritin erhoben. Sie darf ihm täglich die Füße mit Kukirol-Fußbad behandeln, und da sie ihn jetzt nicht mehr schmerzen, brennen und schwitzen, so gestaltet sich die Ehe mit dem alten Kämmeltürken Jussuf ben Hassan sehr harmonisch. Besonders angenehm empfindet er es, daß sich selbst bei tagelangen Reiten das quälvolle Brennen der Fußsohlen nicht mehr bemerklich macht, und da es in der Wüste keine Drogerien und Apotheken gibt, so läßt er durch Frau Schnatterich eine große Sendung Kukirol-Hühneraugen-Pflaster und Kukirol-Fußbad in der Kukirol-Fabrik Groß-Salze bestellen und erläßt ein Gebot, daß ihm kein Mann seines Stammes mehr mit Hühneraugen unter die Augen treten dürfe. Einige Tage nach Empfang liegt die Wüste voller abgefallener Riesenhühneraugen, und die Frauen seines Harems schätzen das Kukirol-Fußbad mehr, als alle köstlichen Salben des Orients.

Frau Schnatterich aber wird in Tripolis bleiben und nimmt hiermit von den schönen Leserinnen und geneigten Lesern Abschied.

Wollen Sie ihre Füße pflegen und gesund erhalten, dann lesen Sie zunächst einmal die wichtige Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden. Unsere, unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über alle Fragen, die sich auf Fußpflege und Fußleiden beziehen.

In Deutschland und allen anderen Kulturstaaten sind die beiden Kukirol-Präparate in allen Apotheken und wirklichen Fachdrogerien zu haben. Beachten Sie aber genau die Schutzmarke, Hühnerkopf mit Fuß, damit Sie nicht durch eine der vielen minderwertigen Nachahmungen enttäuscht werden, die wie uns in vielen Zuschriften mitgeteilt wird, mit den echten Kukirol-Präparaten nicht zu vergleichen sind.

Soeben erschien der „Kukirol-Walzer". Verlag Ernst Hugo Becker, Barmen. Zu haben in allen Musikalienhandlungen.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Für die Wäsche

muß vor allem die Lauge richtig bereitet, also auch die richtige Menge Persil genommen werden. Im Durchschnitt rechnet man 1 Paket auf reichlich 25 Liter Wasser; bei sehr schmutziger Wäsche etwas mehr.

Persil

ist am ergiebigsten, wenn es kalt aufgelöst wird. Da es einen sehr hohen Gehalt an bester Kernseife hat, ist jede weitere Mitverwendung von Seife unnötig. Wenn Sie sparsam waschen wollen, so nehmen Sie nur Persil

nichts anderes!

Linoleum

Delmenhorster „Hansa" Marke
als Fuss- und Möbelbelag.
Muster und Angebote jederzeit zu Diensten.

Josef Klein
Koblenzerstr. 6 **Siegen** Telephon 981